Protokoll



PG Europa 23.05.18

Teilnehmer/innen

Werner (Naturfreunde); Christian, Utz (DiEM25); Miroslaw (k. Org. zugeh.); Doris, Mark, Sigrid, Vanadis (Attac-Stuttgart)

Vorbemerkung:

Ausgangspunkt für die Sitzung war die Diskussion von "Forderungen an die EU", die gemäß Vereinbarung aus der letzten Sitzung von deren Teilnehmer*innen zu erstellen waren. Der Sitzung lagen insgesamt (nur) drei Forderungen vor, zu den zwei Themen Militarisierung der EU bzw. Handelspolitik. Die zwei umfangreicheren sind im Anhang dargestellt.

Folgendes wird festgehalten:

- Neu dabei waren Miroslaw als "interessierte Privatperson" sowie Christian und Utz von DiEM25.
- Utz informierte: DiEM25 besteht in Stuttgart aus einem Kern von 10 12 an Europa Interessierten Personen. DiEM25-S hat u.a. Interesse, Partnerorganisationen im "linken Spektrum" zu finden, die. im Vorfeld der Europawahl (Mai 2019) gemeinsame Veranstaltungen zum Thema Europa durchführen wollen (mehr dazu weiter unten).
- Utz wies zum Thema "Gewalt im System" (zur Absicherung wirtschaftlicher Macht) auf den Dokumentarfilm eines dänischen Filmemachers (wird von DiEM25-Tübingen gezeigt) und regt eine gemeinsame Vorführung dieses Films mit Partnern zusammen in Stuttgart an.
- DiEM25: ein zentraler Punkt in der Europa-Debatte sei die Aufklärung über EU-"Schandtaten" und –Missstände. Beispiel: Die Bankenrettung, getarnt als "GR-Rettung".
- Sigrid begründete ihre EU-Forderung (s. Anhang) mit der gegenwärtig zu verzeichnenden extremen Militarisierung der EU.
- Allgemein wurde festgestellt: die erfolgreiche Vermittlung des Themas "Europa " an Wähler*innen müsse persönliche erlebbare Konsequenzen für die Menschen einschließen, in Stuttgart z.B. Wohnungs- und Sozialpolitik, Migration, in Deutschland zu erwartende Klimawandelfolgen, u.v.m.
- Weitere Aspekte müssten dabei sein: Finanzpolitik, Agrarpolitik, Verkehrspolitik
- Sigrid wies in diesem Zusammenhang auf den hohen Migrantenanteil in Stuttgart hin, die oft überdurchschnittlich an dieser Politik leide und regte an, diese Bevölkerungsgruppe mit einzubeziehen.
- Mark erläuterte kurz seine "Forderung an die EU-Handelspolitik" und betonte, diese Formulierung sei ein "Erstentwurf". Wichtig sei insbesondere eine Neuausrichtung der HaPo nach Klimazielaspekten, z.B. nach dem Vorbild des Vorschlages vom U.S. Umweltverband Sierra Club (Link hier, leider nur auf Englisch vorhanden).
- Mehrfach unterstrichen wurde die hegemoniale Wirkung Deutschlands innerhalb der EU. Daher sei Aufklärung über die Entscheidungsstrukturen in der EU (und darin die deutsche Rolle) wichtig, da sonst alles nur auf "Brüssel" geschoben werde (u.a. durch die Bundesregierung selber).
- DiEM25-Stuttgart regt an, vor der EU-Wahl im Mai 2019 in Stuttgart eine Art "öffentlicher Europa-Konvent" zusammen mit freundeten Organisationen durchzuführen. Diesem Vorhaben könnten / sollten zweierlei vorausgehen:
 - 1. Eine Umfrage-Aktion "Was ist gut an der EU, was muss sich ändern?",

Protokoll



PG Europa 23.05.18

2. Ein interner Workshop der beteiligten Gruppen (um sich selber argumentativ zu stärken), in dem es z.B. um die Fragen gehen könnte: "Was macht Europa für die Menschen interessant?"." Was müsste geändert werden, um attraktiv zu werden?"

Terminlich würden diese Aktionen zwischen Oktober (Kassel) und Mai 19 (EU-Wahl) liegen.

- Miroslaw, Christian und Utz werden auf eigenem Wunsch auf den [PG-Europa-Stuttgart]-Verteiler aufgenommen (inzwischen erfolgt).
- Zentrale Motti der PG-Europa: Wem nützt die EU? Nicht diese EU Die EU neu denken.

Anhang: Forderungen an die EU (Rückläufe aus den "Hausaufgaben" von der letzten Sitzung)

1. Forderung an die EU-Militärpolitik (Sigrid)

Stopp EU-Auslandseinsätze, Stopp EU-Armee. Diese Forderung legt den Focus auf wirtschaftlichmachtpolitische Zusammenhänge und berührt folgende Themen:

- militärische Absicherung des EU-Freihandels, einschließlich Waffenhandel, Rohstoffhandel; Teilnahme an Interventionen mit Tod und Zerstörung
- die Abwehr von Flüchtlingen, deren Probleme die EU mit verursacht
- die Aufrechterhaltung einer Wirtschaft, die die Lebensgrundlagen/natürliche Ressourcen zerstört.

2. Forderung an die EU-Handelspolitik (Erstentwurf) (Mark)

1. Gegenstand der Handelspolitik:

Die EU muss ein sofortiges Moratorium über alle laufenden Handelsabkommen verhängen und eine Neuausrichtung der Handelspolitik in Vereinbarung mit dem Wortlaut und dem Geist des Pariser Klimaabkommens von Dezember 2015 erarbeiten. Insbesondere:

- i. Die Handelspolitik muss aktive Klimaschutzpolitik fördern und schützen und nicht wie jetzt erschweren (vgl. CETA-Schiedsgerichte)
- ii. Sie muss die Entstehung lokaler Arbeitsplätze im Bereich Erneuerbare Energie unterstützen und nicht verhindern.
- iii. Sie muss der Öffentlichen Beschaffung die Möglichkeit ausdrücklich erlauben, Aufträge aufgrund von Klimaerwägungen zu vergeben.
- iv. Im Geiste des Klimaabkommens muss künftig nach dem Motto vorgehen werden: (sehr salopp formuliert!): So viel globaler Handel wie nötig, so wenig wie möglich.
- v. Insbesondere muss lokale Landwirtschaft Vorrang vor globalisiertem Agrarhandel erhalten.

2. Zuständigkeit für die Handelspolitik:

Die Verabschiedung von Handelsabkommen darf nicht in Zukunft nicht wie im "Weißbuch Europa" vorgesehen ausschließlich auf EU-Ebene durch die EU-Exekutive (EU-Rat, EU-Ministerrat) sowie durch die EUK geregelt und entschieden werden, sondern muss weiterhin durch die Legislative der Mitgliedsländer mit verabschiedet werden. Grund: moderne Handelsabkommen ("Abkommen der 2. Generation") greifen weit in die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens (z.B. in die Verbraucher-, Arbeits- und Umweltschutzregeln) ein. Diese Themen erfordern zwingend eine parlamentarische Mitspracherecht der EU-Länder.